



Freitag, 31. Mai 1974

Blatt 1329

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:  
(rosa)

Bauforschung zum Wohlbefinden der Bevölkerung.  
Vizebürgermeister Pfoch neuer Präsident des Bau-  
forschungs-Instituts

Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat

Lokal:  
(orange)

Drei Tage internationales Blasmusikfestival auf  
der WIG 74. Sonntag abend Zapfenstreich mit Fackel-  
zug.

Mondfinsternis am Dienstag  
Tagung über Kinderspielplätze  
Kein Arzt-Patient-Verhältnis zwischen Eltern und  
Erziehern  
Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche: Gleis-  
arbeiten in der Linzer Straße

Kultur:  
(gelb)

Franz Kafka: 50. Todestag  
Fünfundsiebzigster Todestag des Walzerkönigs  
Kranzniederlegung für Johann Strauss  
Galerie Alsergrund: Curt Stenvert präsentiert  
Objekte und Graphiken  
Schönberg-Kongreß in der Secession  
Dreizehn Bildhauer auf der WIG 74 am Werk

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

bauforschung zum wohlbefinden der bevoelkerung  
vizebuengermeister pfoch neuer praesident des bauforschungs-instituts

5 wien, 31.5. (rk) donnerstag fand die diesjaehrige mitglieder-  
versammlung des oesterreichischen instituts fuer bauforschung  
statt. stadtrat kurt h e l l e r legte nach beinahe 15jaehriger  
taetigkeit als praesident des instituts den vorsitz im kuratorium  
nieder. zum neuen praesidenten wurde vizebuengermeister hubert  
p f o c h gewaehlt.

stadtrat heller erklaerte, dass seit einigen jahren erhebliche  
mittel fuer die bauforschung zur verfuegung stehen. zu wuenschen  
uebrig laesst aber noch die koordinierung der forschung, die ver-  
breitung des erarbeiteten wissens und die umsetzung dieses  
wissens in die praxis. die notwendigkeit intensiver bauforschung  
hat besonders das vergangene jahr vor augen gefuehrt: die kosten-  
steigerungen im bauwesen einerseits, und die empfindlichkeit der  
energieversorgung andererseits. der energieverbrauch fuer heizung,  
der einen beachtlichen teil der gesamtenergieversorgung ausmacht,  
muss durch entsprechende waermedaemmung auf ein sinnvolles mass  
reduziert werden. diese kernprobleme des bauwesens werden damit  
zu absoluten schwerpunkten fuer die forschung und entwicklung.

vizebuengermeister pfoch dankte seinem vorgaenger fuer die  
geleistete arbeit im institut und wies in einer kurzen ansprache  
darauf hin, dass die bauforschung in zukunft kein selbstzweck  
sein darf. die erkenntnisse muessen eine unmittelbare anwendung  
finden, nicht nur aus wirtschaftlichen gruenden, sondern zur  
durchfuehrung einer politischen zielsetzung - naemlich dem wohl-  
befinden der bevoelkerung. in diesem sinne wird die bauforschung  
jedwede unterstuetzung erhalten.

zu vizepraesidenten des kuratoriums wurden kommerzialrat  
ing. karl d i t t r i c h und zentralsekretaer franz  
m i l l e n d o r f e r , zum vorsitzenden des vorstands wurde  
baudirektor dipl.-ing. anton s e d a gewaehlt.

L o k a l :

=====

drei tage internationales blasmusikfestival auf der wig 74  
sonntag abend zapfenstreich mit fackelzug

1 wien, 31.5. (rk) freunde der blasmusik kommen ueber das pfingstwochenende auf der wig 74 auf ihre kosten: am samstag, sonntag und montag gibt es ein internationales blasmusikfestival im konzertgarten der gartenschau, an dem sich zehn kapellen aus spanien, italien und oesterreich beteiligen.

am samstag finden zwischen 10 und 20 uhr mehrere konzerte zu denen wig-besucher freien eintritt haben, am sonntag gibt es konzerte von 10 bis 12 uhr, eine festveranstaltung um 14 uhr in kurhalle, bei der alle kapellen auftreten, und schliesslich am abend von 20 bis 22 uhr einen zapfenstreich mit fackelzug. die festveranstaltung steht unter dem ehrenschatz von favoritens bezirksvorsteher emil f u c i k . auch diese musikdarbietungen sind fuer wig-besucher frei zuganglich. am pfingstmontag geben die blasmusikkapellen von 10 bis 16 uhr im konzertgarten ihre abschiedskonzerte.

0916

l o k a l :

=====

## mondfinsternis am dienstag

2 wien, 31.5. (rk) in der nacht von dienstag, den 4. auf mittwoch, den 5. juni wird sich eine partielle mondfinsternis ereignen, die in ganz europa, afrika, an der suedamerikanischen ostkueste, im indischen ozean und in australien zu beobachten sein wird. die finsternis beginnt mit dem eintritt des mondes in den halbschatten der erde um 20.24 uhr und endet um 2 uhr morgens. zur besseren beobachtung werden bei guenstigen wetterbedingungen die uraniasternwarte im ersten und die johann kuffner-sternwarte im 16. wiener bezirk in der nacht von dienstag auf mittwoch von 21 bis 1 uhr frueh sonderfuehrungen veranstalten.

0918

l o k a l :

## tagung ueber kinderspielplaetze

6 wien, 31.5. (rk) im rahmen der internationalen spielplatz- und kindergartenfachausstellung, die derzeit in der grossen ausstellungshalle beim suedeingang der wig stattfindet, veranstalteten donnerstag die wiener kinderfreunde eine arbeitstagung 'kinderspiel im staedtischen bereich'. unter den fachreferenten der tagung waren dipl.-ing. ernst g e h m a c h e r vom institut fuer empirische sozialforschung, dipl.-ing. wolfgang s a i k o vom institut fuer gruenraumgestaltung und gartenbau der hochschule fuer bodenkultur und universitaetsprofessor dr. walter s p i e l , der leiter der neuropsychologischen abteilung fuer kinder und jugendliche im allgemeinen krankenhaus.

die vorsitzende der oesterreichischen kinderfreunde vize-buergermeisterin und jugendstadtraktin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r wies darauf hin, dass die grossstadt auch dem kind und jugendlichen ein glueckliches heranwachsen ermoeglichen koennte, wenn 'der mensch zum mass aller dinge gemacht werde'. es habe aber, betonte die vizebuergermeisterin, in bezug auf die position des Kindes in der stadt schon ein umdenkungsprozess eingesetzt, der anlass zu berechtigten hoffnungen gebe.

an konkreten vorhaben wies die vizebuergermeisterin auf eine derzeit in wien laufende untersuchung hin, in der die schon vorhandenen, aber vor allem die aktivierbaren spielflaechen und spielplaetze ermittelt werden.

die internationale spielplatz- und kindergartenausstellung, die von 30. mai bis 3. juni auf dem gelaende der wig stattfindet, ist im rahmen der gartenschau taeglich von 9 bis 18 uhr geoeffnet. unter anderem informiert hier das unterrichtsministerium mit einem 'kinderweltstand' ueber die moeglichkeiten des spiels in den verschiedenen altersstufen, von spezialfirmen werden kindergartenfertigteilssysteme, spiel- und turngeraete und spielzeug fuer behinderte kinder gezeigt. im rahmen dieser sonderausstellung werden auch weitere 'themengerechte' veranstaltungen wie die donnerstag erfolgte arbeitstagung stattfinden: so veranstaltet heute, freitag, das jugendamt der stadt wien eine enquete zum thema 'elternbildung':

k u l t u r :

=====

galerie alsergrund:

curt stenvert praesentiert objekte und graphiken

3 wien, 31.5. (rk) in den raecumen der galerie alsergrund 9, waehringer strasse 43, werden kommenden donnerstag, den 6. juni, um 19 uhr, bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r und prof. robert s c h m i t t die ausstellung ''curt stenvert - schaffensperioden'' eroeffnen. gezeigt werden aquarelle, zeichnungen, litographien und objekte des kuenstlers.

stenvert, 1920 in wien geboren, schueler von paris gueterloh und fritz wotruba, hat sich bereits an zahlreichen ausstellungen im in- und ausland mit grossen erfolg beteiligt. 1970/71 war er dozent fuer objektkunst in kassel und karlsruhe. daneben ist er aber auch als erfolgreicher hersteller verschiedener spiel-, dokumentations- und experimentalfilme bekannt. 1962 wurde ihm der oesterreichische staatspreis fuer dokumentarfilme und bei den filmfestspielen in berlin der ''silberne baer'' fuer experimentalfilme verliehen.

die ausstellung bleibt bis 23. juni mittwoch von 17 bis 19 uhr, samstag und sonntag von 10 bis 12 uhr geoeffnet.

0920

k u l t u r :

=====

schoenberg-kongress in der secession

4 wien, 31.5. (rk) dienstag, den 4. juni um 11.30 uhr wird der arnold schoenberg-kongress der internationalen arnold schoenberg-gesellschaft im rahmen der von der wiener stadtbibliothek veranstalteten schoenberg-ausstellung in der secession eroeffnet. aus diesem grunde wird die ausstellung am dienstag erst ab 13 uhr allgemein zugaenglich sein.

am samstag, dem 8. juni, um 18 uhr, findet in der secession ein von der schoenberg-gesellschaft veranstalteter liederabend statt, der wie die uebrigen konzertveranstaltungen in der secession allgemein zugaenglich sein wird.

0922

k u l t u r :

=====

dreizehn bildhauer auf der wig 74 am werk

7 wien, 31.5. (rk) auf der wig 74 wurde, wenige minuten noerdlich vom haupteingang, in einer gelaendemulde die arbeitsstaette fuer ein internationales bildhauersymposium eingerichtet. in zwei etappen (juni bis juli und august bis oktober) werden hier dreizehn bildhauer in holz, stein und metall arbeiten. die kuenstlerischen leiter sind prof. mathias h i e t z und hans m u h r .

die kuenstler werden nicht nur gemeinsam arbeiten, sondern auch die begegnung und diskussion mit interessierten besuchern der wiener internationalen gartenschau suchen. veranstalter des bildhauersymposiums ist die kurbetriebsgesellschaft heilquelle ober-laa. das symposium kann montag bis samstag von 9 bis 18 uhr besucht werden.

ausser den beiden kuenstlerischen leitern hietz und muhr nehmen an dem symposium folgende bildhauer teil: paul a s c h e n - b a c h (usa), franz k a t z g r a b e r (oesterreich), cornelius k o l i g (oesterreich), erwin r e i t e r (oesterreich), shindo s h i g e r u (japan), oswald s t i m m (oesterreich), dominique s t r o o b a n t (holland), maciej s z a n k o w s k y (polen), fritz t i e f e n t h a l e r (oesterreich), john w o r t h (australien) und hidekazu y o k o z a w a (japan).

foerderer des symposiums sind das bundesministerium fuer unterricht und kunst, das kulturamt der stadt wien und mehrere firmen.

1003

## Wiener Landtag

=====

Wien, 31.5. (RK) Unter dem Vorsitz seiner Präsidentin Maria Hlawka (SPÖ) trat der Wiener Landtag Freitag zu einer Sitzung zusammen. Eine Anfrage der FPÖ und ein Antrag der ÖVP, betreffs den Verzicht auf die Einhebung der Armenprozente, wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Den einzigen Tagesordnungspunkt, eine Änderung der Statuten der Wiener Hypotheken-Anstalt, vertrat Abg. Mayrhofer (SPÖ). Zweck der Änderung sei eine Erweiterung des Geschäftsbereiches. Bisher habe sich das Institut im wesentlichen auf Hypothekar- und Körperschaftsdarlehen sowie die Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen beschränkt. Dadurch hätten sich Nachteile im Wettbewerb mit anderen Geldinstituten ergeben. Nun solle der Geschäftsumfang auch auf Bankgeschäfte wie die Entgegennahme von Spareinlagen, die Gewährung von Krediten und bankgeschäftliche Dienstleistungen aller Art ausgedehnt werden. Damit werde eine Angleichung an andere Landeshypothekenanstalten hergestellt. Der Name des Instituts sei dementsprechend auf "Landes-Hypothekenbank" zu ändern. Das Finanzministerium habe seine Zustimmung bereits erteilt.

Abstimmung: Ohne Debatte einstimmig genehmigt.

- - -

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 31.5. (RK) Nach der Sitzung des Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zu einer Sitzung zusammen. ÖVP und FPÖ hatten je eine dringliche Anfrage an den Bürgermeister eingebracht: Die ÖVP will über die Verwendung der Mittel Auskunft, die beim Bau der UNO-City eingespart werden können, die Freiheitlichen wollen über das Gutachten bezüglich der zweiten Schweichater Landepiste Auskunft. Außerdem hatte die FPÖ zwei Anträge - über Sofortmaßnahmen zur Ansiedlung von Ärzten und Zahnärzten und über Baubewilligungen für Tankstellen - und ebenso die ÖVP zwei Anträge - Freigabe von städtischen Rasenflächen und ein Konzept für Kleingärten - eingebracht. Von der Bezirksvorstehung des 15. Bezirkes lagen zwei Anträge über die Verbauung unbebauter Liegenschaften vor und schließlich hatten die Freiheitlichen noch vier Anfragen eingebracht.

GR. Pödér (SPÖ) beantragte eine Abänderung eines Gemeinderatsbeschlusses vom November des Vorjahres, damit auch jenen Pensionisten, die vor dem 1. Dezember 1972 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, die allgemeine Dienstzulage in die Pension eingerechnet werden kann. Dies entspreche de facto einer Pensionsautomatik. Als einziger Debattenredner hob GR. Zörner (ÖVP) diesen Fortschritt hervor, doch warfer dem Finanzminister vor, er habe bei einer TV-Diskussion die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes der Mitwirkung an der Inflation geziehen. Damit habeder Finanzminister offensichtlich nicht die Wahrheit gesagt.

Nach dem Debattenbeitrag erklärte Bürgermeister Gratz als Vorsitzender, einer alten parlamentarischen Tradition zufolge sollten Außenstehende, die nicht anwesend seien und sich daher auch nicht verteidigen könnten, nicht der Unwahrheit geziehen werden. Im Schlußwort betonte GR. Pödér, daß sich alle vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes um Verbesserungen bemühten, doch sollte man nicht aus politischen Gründen mit einzelnen Forderungen vorpreschen. Der Vorwurf gegen den Finanzminister sei zudem nicht ganz gerecht.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Umwidmung

Eine heftige Debatte löste die von GR. Schemer (SPÖ) beantragte Umwidmung eines Gebietes in Wien 22, östlich des Contiweges zwischen ÖBB-Trasse Wien-Marchegg und der Aspernstraße sowie für eine Teilfläche zwischen Aspernstraße und Erzherzog Karl-Straße von Grünland in Betriebsansiedlungsgebiet aus. GR. Krenn (FPÖ) kritisierte, daß dort zwischen Gärtnereien und landwirtschaftlichen Nutzflächen ein Betrieb der GÖc angesiedelt werden soll und die Stadt Wien mit Aufschließungskosten belastet werde. GR. Matza (ÖVP) bezeichnete die Schaffung von Betriebsansiedlungsgebieten als notwendige Maßnahme der Wirtschaftsförderung in Wien, nur dürfte das Areal nicht zu einem Preis angeboten werden, der dieser Firma 73 Millionen erspart. GR. Matza legte einen Beschlußantrag vor: Das Areal von 267.000 Quadratmeter sollte vor der Aufschließung in öffentlicher Ausschreibung Wirtschaftstreibenden zum Ankauf angeboten werden. Im Schlußwort wies GR. Schemer darauf hin, daß von den 27.000 Beschäftigten, die in Donaustadt wohnen, 16.000 in andere Bezirke zur Arbeit fahren müßten. In den letzten Jahren seien zahlreiche Betriebe aus dem Bezirk abgewandert. Die Umwidmung habe daher den Zweck, den Trend der Betriebsabwanderungen zu stoppen. Die Konsumgenossenschaft Wien wolle Betriebsstätten für 1.140 Beschäftigte errichten. Der Betrieb werde daher neue Arbeitsstätten für die Bewohner der Neubaugebiete Ziegelhofstraße-Quadenstraße bringen. Dazu komme, daß der Betrieb äußerst umweltfreundlich sein werde: Es sei das Hauptwarenlager der Konsumgenossenschaft geplant, eine Getränkeabfüllung und Feinkosterzeugung. Verkehrsmäßig sei das Gebiet günstig gelegen, für 580 Pkw würden Abstellplätze angelegt. Einige Formulierungen des Berichterstatters veranlaßten Dr. Ebert (ÖVP), sich zu einer tatsächlichen Richtigstellung zu melden: Die ÖVP sei keineswegs gegen neue Betriebsansiedlungsgebiete, auch nicht dagegen, daß die GÖc das Gebiet bekomme - sondern trete dafür ein, daß die gleichen günstigen Ankaufsbedingungen auch anderen Betrieben gewährt werden müßten. Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung meldete sich schließlich GR. Hofstetter (SPÖ) und erklärte, daß günstige Baurechte durchaus auch an andere Gewerbebetriebe vergeben würden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Der Beschlußantrag von GR. Matza wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß VII zugewiesen. ./.

### Kindergärten

GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragte einen Grundsatzbeschuß, durch den zwei Grundstücke östlich der Neilreichgasse im 10. Bezirk für Kindergärten reserviert werden können.

GR. Arthold (ÖVP) beklagte sich über Ungereimtheiten in diesem Antrag. Die Neilreichgasse sei 3,8 Kilometer lang, es fehle die Ortsbestimmung. Die Grundflächen lägen überdies mitten in einem bestehenden Kleingartengebiet. Er wisse, daß das gesamte Gebiet für die Errichtung von Wohnhausbauten vorgesehen sei. Man habe aber bisher nicht den Mut gehabt, dies den betroffenen Leuten zu sagen. Arthold urgierte weiters ein Kleingartenkonzept der Stadtverwaltung.

GR. Fiala meinte in ihrem Schlußwort, es sei kein Geheimnis, was in diesem Gebiet in der nächsten Zeit geschehen soll. Auch die Bezirksmandatare der ÖVP wüßten seit langem, daß in diesem Bereich 1.300 Wohnungen, eine Schule und zwei Kindergärten gebaut werden sollen. Der Grundsatzbeschuß sicherte, daß die Folgeeinrichtungen rechtzeitig gebaut werden, ein Kleingartenkonzept der Stadt Wien sei überdies vorhanden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

### Aufzüge für Wohnhausanlagen

Gemeinderat Deistler (SPÖ) stellte den Antrag, in der achtgeschossigen Wohnhausanlage 10, Bürgergasse 17-19, drei Personenaufzüge mit einem Kostenaufwand von 2,500.000 Schilling anzubauen.

Als einziger Debattenredner stellte Ing. Hofstetter (SPÖ) fest, daß der Wohnbau in der Bürgergasse 1926 erbaut wurde und meist ältere Bewohner beherbergt.

Seit Beginn der "Aufzugsaktion" wurden bereits 433 Aufzüge gebaut, 30 sind derzeit in Arbeit, 136 geplant und für die nächsten Jahre liegen bereits 290 Anträge vor, neue Aufzüge in Altbauten einzubauen.

Da bei der Wiener Industrie derzeit das Wachstum nicht sehr stark ist, sei es die Aufgabe der Stadtverwaltung, auch die Arbeitsplätze bei den Aufzugsfirmen zu sichern. Deshalb werden auch durch verschiedene Aktionen, wie eben der "Aufzugsaktion", Wiener Industriebetriebe gefördert.

Hofstetter brachte schließlich eine Resolution zur Verlesung, in der es heißt:

"Zum Schutz der Wiener Wirtschaft sollten daher Unternehmungen, die ihren Sitz bzw. ihre Produktionsstätte nicht in Wien haben, bei Auftragsvergebungen nur dann wie Wiener Unternehmungen behandelt werden, wenn Wiener Unternehmungen am Sitz dieser Betriebe bei Auftragsvergebungen nach dem Prinzip der Gleichbehandlung wie ortsansässige Betriebe behandelt werden.

Darüber hinaus ist im Rahmen der zunehmenden internationalen Verflechtung in allen Bereichen der Wirtschaft ein wachsender Konkurrenzdruck ausländischer Firmen festzustellen. Diese Konkurrenz ist schon allein aus stabilitätspolitischen Gründen zu begrüßen und daher zu fördern, allerdings mit der Einschränkung, daß dabei eine unseriöse Konkurrenz unterbunden werden muß. Auf Sicht gesehen, ist es unvorteilhaft, wenn ausländische Unternehmungen oder ihre inländischen Tochtergesellschaften durch Angebote, die unter den Selbstkosten kalkuliert werden und dadurch preislich sehr günstig erscheinen, zunächst die leistungsfähige heimische Wirtschaft, die in der Regel nicht über die Reserven ausländischer Großkonzerne verfügt, ausschalten, um sonach den Preis frei von jeder inländischen Konkurrenz bestimmen zu können."

Der Magistrat, heißt es in der Resolution, solle entsprechend dieser Überlegungen beauftragt werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Auch die Zustimmung zur Resolution war einstimmig.

#### Gründungsbeschuß für Holding

Finanzstadtrat Hans Mayr referierte sodann über die Gründung der "Wiener Allgemeine Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH". Die Stadt Wien werde sich mit einer Stammeinlage von rund 406 Millionen Schilling beteiligen und darauf eine Barzahlung von 101 Millionen Schilling leisten. Mayr führte sodann im einzelnen die Betriebe an, die der Holding angehören werden, beziehungsweise von ihr verwaltet werden sollen. Der Finanzstadtrat bezeichnete die Holding als eine große Änderung für die Verwaltung und als ein Instrument, die Beteiligung an der Stadt künftig optimal verwalten zu können. Dadurch würden die geschäftlichen Risiken minimiert.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) als erster Debattenredner bezeichnete die Geschichte der 44 Unternehmen als eine "chronique scandaleuse" mit einer Fülle wirtschaftlicher Katastrophen. Die Verluste der Unternehmen in den letzten 20 Jahren hätten bis zum Bauring hinauf eine immer steigendere Tendenz aufgewiesen. Hirnschall nannte das Restaurant Bellevue, das Kahlenberg-Hotel, die Großbrauerei Stadtbräu, die Wiflag, - bei der durch den Verkauf wenigstens die richtige Konsequenz gezogen worden sei -, die Filmgeschäfte der Stadthalle mit einem Verlust von 130 Millionen Schilling, die Heizbetriebe, die Hafengesellschaft und schließlich den Bauring, dessen genaue Verluste noch unbekannt seien, die aber sicherlich größer sein dürften als die aller bisherigen Pleiten zusammengenommen. In dieser Mißerfolgsserie sei gleichsam eine Gesetzmäßigkeit erkennbar. Hauptgründe dafür seien eine verheerende Personalpolitik und zudem das Nichtfunktionieren der Aufsichtsräte gewesen. Der Rechnungshof und das städtische Kontrollamt hätten in dankenswerter Weise die Fehler aufgezeigt, doch leider sei dies bloß immer im Nachhinein möglich gewesen.

Mit dem heutigen Beschluß werde ein neuer Akzent in der Unternehmenspolitik der Stadt gesetzt, fuhr Hirnschall fort. Die Tätigkeit der Holding-Töchter könne laufend kontrolliert und daher rascher auf Fehlentwicklungen reagiert werden, als dies die Finanzverwaltung gekonnt habe. Die Zielvorstellungen für die Holding, die in einem Drei-Parteien-Antrag enthalten seien, seien für die Stadt fast revolutionär zu nennen, wobei man auch überlegen müsse, ob man sich nicht von bestimmten Beteiligungen künftig trennen sollte. Für die Zustimmung seiner Fraktion zur Holding sei es maßgeblich gewesen, daß der Rechnungshof sein Einschaurecht ungeschmälert behalten werde und daß zudem durch eine entsprechende Geschäftsordnung des Aufsichtsrates durch die Vertreter der Oppositionsparteien eine effektivere Kontrolle ermöglicht werde. Abschließend wiederholte Hirnschall seine Forderung, den Bauring nicht durch öffentliche Mittel zu sanieren, sondern andere Wege zu beschreiten.

Als nächster Debattenredner wies GR. Dr. Wöber (ÖVP) darauf hin, daß die ÖVP schon immer verlangt habe, daß das System geändert werde. Mit Genugtuung könne er feststellen, daß die Argumente seiner Partei nun anerkannt würden. Es habe sich gezeigt, daß die Diskussion sinnvoll gewesen sei und daß nun erste Ansätze zu einer Neuorientierung der kommunalen Wirtschaftspolitik vorlägen. Allerdings bedürfe es jetzt eines entsprechenden Handelns. Als Basis einer Neuorientierung führte der Redner zehn Gebote der ÖVP an: Vermeidung finanzieller Nachteile für die Stadt Wien. Besinnung auf die wesentlichen Aufgaben, und zwar auf jene, die von der Privatwirtschaft nicht oder nur mangelhaft erfüllt werden. Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, wobei Gewinnstreben nicht immer im Interesse der Allgemeinheit liegen könne. Eine Wettbewerbsgleichheit sei zu beachten. Kontrollfunktionen und Kontrollmöglichkeiten müßte die Holding haben, nämlich Einschaurechte und Mitspracherechte bei den Betrieben. Die Einschaurechte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes müßten ungeschmälert erhalten bleiben. Die Sanierung des Baurings müßte außerhalb der Holding erfolgen. Die Geschäftsführung müßte zur Berichterstattung verpflichtet sein, auch wenn es nur die Minderheit verlangt. Ohne diese Minderheitsrechte hätte es schließlich keine Zustimmung der ÖVP zum Holdingbeschluß gegeben. Weiters müßte der Aufsichtsrat vollste Information über die Geschäftstätigkeit erhalten. Die Pflicht zur Prüfung der Tätigkeit nach den strengsten Grundsätzen des Aktiengesetzes müßte alle drei Jahre erfolgen. Und schließlich, als zehntes Gebot, müßte die Überwachung der Holding durch den Gemeinderat und die Verantwortung des Bürgermeisters festgelegt sein. Auf Grund dieser Auffassungen der ÖVP sei das Übereinkommen über die Holding erzielt worden.

GR. Schreiner (SPÖ) verwies darauf, daß wichtige Versorgungs- und Dienstleistungen seit alters her vom Gemeinwesen übernommen wurden, etwa die Märkte und die öffentlichen Brunnen. Die Entwicklung habe es notwendig gemacht, daß die Gemeinschaft immer weitere Aufgaben übernommen habe. Ein Beispiel dafür sei auch der Bauring: Nur durch Gründung der Montagebau sei es möglich gewesen, die Produktion von Fertigbauteilen in Wien in Schwung zu bringen. Der Einfluß der Stadtverwaltung auf ihre Betriebe sei nicht immer befriedigend gewesen. Das Bemühen um eine Besserung sei von Bürgermeister Gratz aktualisiert

worden. So sei es nun zur Bildung der Holding gekommen, die 22 Betriebe im Eigentum und vier vorläufig in Verwaltung erhält. Damit werde eine zentrale Leitung geschaffen, ohne gleichzeitig die Verantwortlichkeit der Unternehmensführungen einzuschränken. Die engste Verbindung der Holding mit den Unternehmen sowie eine geregelte und regelmäßige Berichterstattung jedes Unternehmens seien die Grundlage. Mit Branchenvergleichen, Marktforschung und Schaffung einer betriebswirtschaftlichen Abteilung könne die Holding den Unternehmen wertvolle Entscheidungshilfen liefern. Die gesamte Konstruktion biete dem Eigentümer, der Stadt Wien, ein Maximum an Sicherheit und Entscheidungsfähigkeit.

Grundsätzlich erklärte GR. Schreiner, daß es nicht Aufgabe einer Stadtverwaltung sei, in möglichst vielen oder sogar allen wirtschaftlichen Bereichen tätig zu sein. Sie solle dort wirksam werden, wo die Privatwirtschaft versagt habe oder aus anderen Gründen nicht imstande sei, eine Versorgungsaufgabe zu erfüllen. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen haben die Hauptaufgabe, unterstrich GR. Schreiner, diese ihnen übertragenen Versorgungsaufgaben zu erfüllen. Sie sollen keinesfalls aus Profitsucht tätig werden, aber immer darauf achten, mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Schritt zu halten.

GR. Schreiner legte einen Resolutionsantrag vor, der von Vertretern aller drei Parteien unterzeichnet wurde. Darin heißt es:

"Der Herr Bürgermeister möge in seiner Funktion als Vertreter der Stadt Wien darauf achten, daß folgende Grundsätze in der Verwaltung der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsges.m.b.H. und in deren direkten beziehungsweise indirekten Beteiligungen eingehalten werden:

1. Unbeschadet der Gründung der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsges.m.b.H. bleibt es weiterhin Aufgabe der Stadt Wien, die Grundsätze der kommunalen Beteiligungspolitik nach gemeinwirtschaftlichen Zielsetzungen in einer auch für die Holding-Gesellschaft bindenden Weise festzulegen und deren Einhaltung durch die von der Stadt Wien entsendeten Mitglieder des Aufsichtsrates überwachen zu lassen.

2. Dabei ist es Aufgabe der kommunalen Beteiligungspolitik, sich grundsätzlich auf solche Bereiche zu beschränken, die von der Privatwirtschaft entweder nicht, nicht in einem ausreichenden Ausmaß, oder nicht in einer entsprechenden Weise bedient werden, wozu vor allem Infrastruktur- und Einrichtungen zählen, die im eminenten öffentlichen oder kommunalen Interesse liegen.

3. Bei kommunalen Beteiligungen ist die gemeinwirtschaftliche Zielsetzung nicht primär auf die Gewinnerzielung, sondern auf die bestmögliche Erfüllung der diesen Unternehmungen gestellten kommunalen Aufgaben gerichtet. Diese primäre Zielsetzung kann aber nicht bedeuten, daß die kommerzielle Seite, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit bei der Erfüllung der Aufgaben der Unternehmungen vernachlässigt werden.

4. Es ist Vorsorge dafür zu treffen, daß dem Kontrollamt die Prüfung der Gebarung der Beteiligungen der Wiener Allgemeinen Verwaltungs- und Beteiligungsges.m.b.H. sowohl dem Grunde als auch dem Aufgabenbereich nach unverändert und uneingeschränkt im Sinne des Paragraph 73 Absatz 2 und 3 der Wiener Stadtverfassung gewahrt bleibt."

GR. Dr. Drennig (ÖVP) bezeichnete als das eigentliche Problem die ungeheure Spannung zwischen den vielleicht durchaus gutgemeinten Absichten und den katastrophalen Ergebnissen in der wirtschaftlichen Tätigkeit einiger Unternehmungen. Nur wenn klar werde, wie das geschehen konnte, könne man der Holding die Hoffnung mit auf den Weg geben, daß sie es besser machen werde.

Wenn Verlustquellen auftreten, müsse man sofort reagieren. Dr. Drennig wandte sich gegen den Vorwurf, die ÖVP kritisiere unsachlich. Sie sei bereit, Verantwortung zu übernehmen, wenn die Mehrheit - wie es im Falle der Holding geschehen sei - ihre Einwände berücksichtige. Die Holding könne durch eine marktgerechte und energische Führung für die ganze Wiener Wirtschaft wichtig werden.

Stadtrat Mayr bezeichnete das im Schlußwort als Überbewertung. Von 770.000 Wiener unselbständig Beschäftigten seien nur rund 8.000 in der Holding tätig. Aber immerhin werde durch die Gründung der Holding ein Akzent mit weitreichender Bedeutung gesetzt. Belange der Wirtschaft seien auf eine möglichst breite Überein-

stimmung zu stellen, wie sie hier erzielt worden sei. Bezogen auf den Bauring, erklärte Stadtrat Mayr, man solle andererseits die Entschlossenheit der Mehrheit nicht unterschätzen, Gemeindebesitz auf keinen Fall unter schlechten Bedingungen herzugeben.

Es sei nie daran gedacht gewesen, die Kontrollmöglichkeiten des Rechnungshofes und des Kontrollamtes irgendwie einzuschränken. Das habe Bürgermeister Gratz wiederholt in aller Öffentlichkeit eindeutig erklärt.

Für die SPÖ sei die Kommunalisierung von wirtschaftlichen Tätigkeiten keine Grundsatzfrage zur Änderung der Gesellschaft. Die größten Betriebe seien kommunalisiert worden, bevor die SPÖ die Verantwortung in Wien übernommen habe. Die SPÖ strebe im wirtschaftlichen Leben an, daß jeder nach seiner Leistung unter Wahrung humaner Grundsätze seinen Anteil erhalte. Die SPÖ lehne es allerdings ab, die Beschäftigung anonymer Kräfte der sogenannten Wirtschaft, einem sogenannten Mechanismus auszuliefern. "Wir als Menschen machen die Wirtschaft", sagte Stadtrat Mayr, "wir sind dafür verantwortlich, daß alle Arbeit haben und daß dies zugleich so rationell und vernünftig wie möglich geschehe."

Abstimmung: Die Bildung der Holding und die Dreiparteien-Resolution wurden einstimmig gebilligt.

#### Dringliche Anfrage zur UNO-City

Einstimmig beschloß der Gemeinderat sodann, einer ÖVP-Anfrage bezüglich der Verwendung jener Mittel, die bei der UNO-City eingespart werden könnten, die Dringlichkeit zuzuerkennen. In der Anfrage an den Bürgermeister heißt es, daß vier Bürotürme bereits im Bau seien, obwohl die UN im vergangenen Mai schriftlich erklärt habe, daß bis 1981 alle Angestellten in einem der beiden für sie vorgesehenen Bürotürme untergebracht werden könnten. Da aber die Bau- und Finanzierungskosten laufend steigen und bereits mehr als zehn Milliarden Schilling betragen dürften, sei Bundeskanzler Dr. Kreisky im Parlament von der "großen" Lösung des Konferenzentrums abgerückt. Dies sei für Wien deshalb interessant, weil die Stadt mit 35 Prozent an den Kosten beteiligt sei. Die ÖVP wolle von Bürgermeister Gratz daher wissen, in welchem Ausmaß die finanziellen Verpflichtungen für Bund und Stadt durch eine Reduzierung des Projektes auf das von der ÖVP-Bundesregierung beschlossene Vorhaben geringer würden und ob der Bürgermeister sich

für die Verwendung der einzusparenden Bundesmittel als einen zusätzlichen Bundeszuschuß einsetzen wolle. Auch eine Reihe Detailfragen stellte die ÖVP.

Zur Begründung der Dringlichkeit hat GR. Hahn (ÖVP) erklärt, Bundeskanzler Kreisky habe heuer am 21. Mai im Parlament eine Kehrtwendung vollzogen. Die Volkspartei sei immer für einen bedarfsgerechten Bau der UNO-City eingetreten und auch für ein Konferenzzentrum in notwendiger Größe. Dieses sei ursprünglich für 2.500 Personen geplant worden. Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz hätten aber im Vorjahr dieses Konferenzzentrum für 8.000 Personen vorgeschlagen. Obwohl jahrelang seitens der SPÖ der Volkspartei vorgeworfen worden sei, ihre Vorstellungen seien kleinkariert, müsse Kreisky nun zurückstecken. Dabei habe es den Anschein, als würde Wien "ums Ohr gehaut", denn Bürgermeister Gratz habe erklärt, die UNO-City ohne großes Konferenzzentrum sei für Wien von geringem Interesse. Dabei könne lediglich beim Bauvolumen des Konferenzzentrums gespart werden.

Als einziger Debattenredner sprach GR. Hoffmann (ÖVP), der Kreisky vorwarf, die ursprüngliche Planung nach den Wünschen der internationalen Behörden modifiziert zu haben und damit ein Tor zur Gigantomanie aufgestoßen zu haben. Dabei habe der Rechnungshof die kleine Lösung als voll funktionsfähig bezeichnet. Damals sei freilich die Regierung Kreisky im gleißenden Sonnenlicht ihres Zenits gestanden und sei offenbar geblendet gewesen. Und heute, zur Zeit der Abendröte, würden die Konturen schärfer und Kreisky wolle reduzieren. Er, Hoffmann, habe den Eindruck, daß es vor allem die Wiener SPÖ sei, die aus Prestigedenken an der großen Lösung trotz allem festhalten wolle, damit quasi eine rote Cheopspyramide an der Donau entstände. Dabei würde Wien das Geld für dringende andere Vorhaben benötigen.

Bürgermeister Gratz beantwortete sodann die Anfrage, wies jedoch zuvor den Vergleich mit der Cheopspyramide zurück. Man wolle schließlich keine Begräbnisstätte für UN-Generalsekretär bauen, sondern ein lebendiges Zentrum. Er begrüße zudem das erstmalige eindeutige Bekenntnis der Volkspartei zum Konferenzzentrum. Die Behauptung der ÖVP seien weder nach den Fakten, noch nach den politischen Umständen zutreffend. Im seinerzeitigen Ministerratsbeschluß der VP-Regierung heiße es ausdrücklich, dem Vorhaben sei das Raumprogramm der UN zugrunde zu legen und sodann sei ein unbegrenztes Offert an die UN abgegeben worden.

Was die Realisierung angehe, sei eine absolut unlimitierte Zusage ohne jede einzige Ziffer gegeben worden.

Jede Regierung sei jedoch verhalten, die Verpflichtung ihrer Vorgängerin zu erfüllen. Jedenfalls sei in dem von Bautenminister Kotzina ausgeschriebenen Wettbewerb im Jahr 1968 in den Unterlagen ausdrücklich von 8.700 Personen die Rede gewesen. Erst Außenminister Kirchschräger habe 1971 eine Beschränkung auf 4.600 Personen erwirkt. Es stimme also nicht, wenn behauptet werde, das Projekt sei von der SPÖ-Regierung aufgeblasen worden, erklärte Gratz.

Was die einzelnen Fragen angehe, so sei eine Reduzierung auf das von der ÖVP-Regierung vorgesehene Ausmaß deshalb nicht möglich, weil sie eine unlimitierte Zusage gegeben habe. Dies sei auch vom Rechnungshof ausdrücklich bestätigt worden. Was eine Erhöhung des Bundeszuschusses für die U-Bahn und eine Umwandlung des starren Zuschusses in einen prozentuellen Kostenbeitrag angehe, stehe dies nicht im Zusammenhang mit dieser Anfrage. Seitens der Stadtverwaltung sei jedoch der Wunsch nach einem höheren Zuschuß für die U-Bahn in der Höhe des ursprünglichen prozentuellen Anteiles immer wieder und dringend vorgebracht worden. Zeit- und Kostenüberschreitungen beim Bau der UNO-City seien bisher zudem nicht eingetreten.

Dem Wunsch nach Vorlage von Kosten-Nutzen-Berechnungen werde er selbstverständlich entsprechen, weil davon auch die endgültige Festlegung des Fassungsraumes des Konferenzentrums abhängen werde. Er sei freilich, fuhr Gratz fort, der Meinung, daß ein großes Konferenzzentrum, das nicht bloß den in Wien ansässigen internationalen Organisationen, sondern weltweit internationalen Organisationen dienen könne, der Bedeutung Wiens viel besser entspreche. Denn Wien dürfe seinen Platz im Spitzenfeld der Kongreßstädte nicht verlieren. So besitze Hamburg ein Kongreßzentrum für 10.000 und Berlin eines für 9.700 Personen. In Paris und in Monaco entstünden weitere große Konferenzzentren. Was die Kosten-Nutzen-Berechnungen zudem angehe, so seien sie für ein derartiges Vorhaben ebenso problematisch, wie etwa für Festspiele. Der Salzburger Landeshauptmann Lechner habe sich immer gegen derartige Berechnungen bezüglich der Salzburger Festspiele gewehrt. In einem in Kürze erscheinenden Buch werde darauf hingewiesen, daß im Jahr 1972 die 2.300 in Wien bei den internationalen

Organisationen tätigen Beschäftigten rund eine halbe Milliarde Schilling in die österreichische Wirtschaft haben einfließen lassen. Je mehr international Beschäftigte es gäbe, desto größer sei der Nutzen für die hiesige Volkswirtschaft und desto rascher werde auch eine Amortisation der Investitionen erfolgen.

Die Frage, ob es magistratische Gutachten gebe, denen zufolge die vorgesehene Metallfassade nicht den bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften entspreche, könne er erfreulicherweise nur verneinen. Im Gegenteil: es würden in Bälde Gutachten des gegenteiligen Inhalts vorliegen. Was schließlich die Vorstellungen Bundeskanzler Kreiskys über eine Neukonstruktion der IAKW beziehungsweise des korrespondierenden Finanzierungsgesetzes angehe, sei er zwar von Kreisky informiert worden, doch wären Aussagen darüber derzeit noch verfrüht. Der Bürgermeister erinnerte schließlich noch an die Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Parlament am 21. Mai im Detail und schloß die Anfrage-Beantwortung mit der Erklärung, daß die UNO-City für Wien nur dann von optimalem Nutzen sei, wenn es auch ein adäquates Konferenzzentrum gebe. Diese Auffassung werde von der derzeitigen Bundesregierung geteilt, deren Entscheidungen in dieser Frage wie bisher nur im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung getroffen würden. Es bestehe daher keine Veranlassung, die bisher bewährte Kooperation mit dem Bund zu ändern, schloß Bürgermeister Gratz.

#### FPÖ-Anfrage abgelehnt

Vor Schluß der Sitzung gelangte eine dringliche Anfrage der FPÖ, betreffend das Gutachten von Prof. Dr. Weibel vom eidgenössischen Amt für Zivilluftfahrt über den Bau der zweiten Flughafenpiste in Schwechat zur Behandlung. Zur Begründung der Dringlichkeit erklärte GR Dr. Hirmschall (FPÖ), daß das vor zwei Wochen eingelangte und öffentlich aufgelegte Gutachten nur flugtechnische Aspekte behandle, aber nicht die Fragen des Umweltschutzes. Schon vor Monaten habe die FPÖ darauf hingewiesen und in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen Gutachten zum Umwelt- und Gesundheitsschutz verlangt. Dies sei aber als überflüssig abgelehnt worden. Nun habe aber das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz selbst zwei Experten mit weiteren Gutachten beauftragt. In der dringlichen Anfrage werde daher der Herr Bürger-

meister gefragt, ob er bereit sei, diese Gutachten abzuwarten und seine Entscheidung das Ergebnis dieser Untersuchungen zugrunde zu legen.

Als Kontraredner erwiderte GR. Dinhof (SPÖ), daß das eidgenössische Gutachten durchaus nicht nur flugtechnische Fragen enthalte, sondern auch auf die wesentlichen Probleme des Umweltschutzes eingehe. Es sei zwar richtig, daß das Gesundheitsministerium in einem Brief an das Bürgerkomitee mitgeteilt habe, es werde weitere Gutachten ausarbeiten lassen. Inzwischen sei aber das schweizerische Gutachten ausführlichst studiert worden. In einem weiteren Brief des Ministeriums sei dem Bürgerkomitee daher erklärt worden, daß für weitere Gutachten keine Veranlassung bestehe.

Bei der folgenden Abstimmung erhielt die FPÖ-Anfrage nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, die Dringlichkeit war damit abgewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

gleisarbeiten in der linzer strasse

11 wien, 31.5. (rk) am montag kommender woche beginnen die verkehrsbetriebe in der linzer strasse zwischen johnstrasse und reindlgasse mit gleisarbeiten, die voraussichtlich zehn wochen in anspruch nehmen werden. der durchzugsverkehr in richtung stadt- einwaerts kann, freilich lediglich auf einem fahrestreifen bes- schraenkt, aufrecht erhalten bleiben, in der gegenrichtung erfolgt eine umleitung auf der route sturzgasse - fenzl-gasse - reindlgasse wieder zur linzer strasse.

1132

L o k a l :

=====

kein arzt-patient-verhaeltnis zwischen eltern und erziehern

20 wien, 31.5. (rk)fragen der elternbildung war eine enquete gewidmet, die freitag vom jugendamt der stadt wien im rahmen der internationalen spielplatz- und kindergartenausstellung auf der wig 74 veranstaltet wurde. in ihren einleitungsreferat wies vizebuergemeisterin und jugendstadtraetin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r darauf hin, dass sich wohl verschiedene institutionen mit der elternbildung befassen, dass aber nur kindergarten und schule den unbedingt noetigen unmittelbaren bezug und vor allem die erforderliche kontinuetaet in ihren bildungsplaenen aufwiesen und daher diese institutionen tragende faktoren einer elternbildung auf breiter basis sein muessten.

im hauptreferat erklaerte frau dr. hannah f i s c h e r von der bildungsanstalt fuer kindergaertnerinnen in wien, dass die elternbildung wohl nicht systemimaneente schwierigkeiten wie isolation der kleinfamilie, konsum- und prestigezwang und emotionelle ueberforderung der einzelnen familienmitglieder beseitigen koenne, dass sie aber die eltern zu bewusster elternschaft und damit zur bewussteren und geschulteren gestaltung ''des lebensplanes der kinder'' bringen koenne und muesse. auch sei eine ihrer hauptaufgaben die vermittlung von modernen wissenschaftlichen erkenntnissen an die ''nicht-hauptberufserzieher''!

wie frau dr. fischer in ihrem referat ausfuehrte, koennten institutionen wie die kindertagesheime hier zu einem wichtigen ansatzpunkt werden, wenn es gelingt, ueber die bereits bestehenden institutionalisierten kontakte mit den eltern wie elternabende, gruppengespraechе etc. hinaus auch ein persoentliches vertrauens- klima zu schaffen, das natuerlich nur durch mehreinsatz des jeweiligen personals erreichbar sei. frau dr. fischer stellte zur diskussion, ob nicht eine ''politik der offenen tuer'' in den kindertagesstaetten jeder art zu einem abbau vieler missverstaendnisse und vorurteile fuehren koennte, die jetzt den fuer eine

elternbildung und eine partnerschaftliche zusammenarbeit zwischen eltern und erziehern so noetigen vertrauten kontakt oft unmoeglich machen. frau dr. fischer regte weiter an, dass aehtlich wie in der heutigen medizin auch hier eine art ''krisenprophylaxe'' in den vordergrund treten muesste, was in der praktischen durchfuehrung bedeuten wuerde, dass die eltern die moeglichkeit haben koennten, im kindertagesheim psychologische fachberatung zu geniessen, bevor eine bereits ausgebrochene krise zum - bei den eltern nach wie vor nicht immer beliebten - besuch einer als ''amtlich'' empfundenen psychologischen beratung zwingt. schliesslich meinte frau dr. fischer, dass es das ziel der elternkontakte und elternberatung der erzieher sein muesse, hier zu einem verhaeltnis zu kommen, das nicht mehr einer art arzt-patientin-beziehung gleiche, sondern eine partnerschaftliche und von beiden seiten angestrebte kooperation darstelle.

in anschliessenden koreferaten lieferten leiterinnen von kindertagesheimen der stadt wien den durch ihre eigene erfahrung untermauerten beweis, dass diese anregungen durchaus realisierbar sind. es zeigte sich nicht nur, dass bei entsprechend persoennlichen und nicht schematisierten bemuehungen der einzelnen anstalt die eltern nach ueberwindung der urspruenglichen distanz sogar viel staerker kooperationsbereit sind, als erwartet, und dass solche kontakte vor allem in neuen stadtvierteln ueber die direkte eltern-kind-betreuung hinaus auch zum ansatzpunkt fuer sonst oft nicht moegliche aber erwuenschte kommunikation unter den kindeseltern werden koennen. das beispiel eines kindertagesheimes im 19. bezirk, in dem die eltern seit einiger zeit die moeglichkeit haben, in allen altersgruppierungen beobachtend und auch aktiv am gruppengeschehen teilzunehmen, beweist nicht nur, dass eine solche politik der offenen tuer im kindertagesheim - wie oft befuerchtet wurde - nicht stoert, sondern den kindergaertnerinnen die arbeit durch die vermindernung von schwierigkeiten, wie sie aus der eingewohnung von kindern unter ''normalen'' kindergartenbedingungen oft vorkommen, wesentlich erleichtert.

k u l t u r :

=====

## kranzniederlegung fuer johann strauss

17 wien, 31.5. (rk) anlaesslich des 75. todestages von johann strauss-sohn fand freitag vormittag an seinem grab auf dem zentralfriedhof eine stimmungsvolle gedenkfeier statt. nachkommen des walzerkoenigs, vertreter der stadt wien mit dem kultur-  
amtsleiter senatsrat f o l t i n e k an der spitze, mitglieder der johann strauss-gesellschaft mit ehrenpraesident professor s a l m h o f e r und praesident altbuengermeister m a r e k und andere vertreter des oeffentlichen lebens nahmen an der feier teil. professor r a c e k sprach worte des gedenkens, ein blaeserensemble von mitgliedern der philharmoniker, der symphoniker und der tonkuenstler unter prof. w e i s s b e r g umrahmte die feier musikalisch. von der stadt wien und der johann strauss-gesellschaft wurden kraenze niedergelegt.

1354

k u l t u r :

=====

## fuenfundsiebzigster todestag des walzerkoenigs

21 wien, 31.5. (rk) am pfingstmontag, dem 3. juni, jaehrt sich der todestag des walzerkoenigs johann s t r a u s s - sohn zum 75. mal.

johann strauss wurde am 25. oktober 1825 als sohn des gleichnamigen prominenten tanzkomponisten und dirigenten geboren. schon mit sechs jahren komponierte er seinen ersten walzer, der spaeter unter dem titel 'erster gedanke' bekannt wurde. doch der vater johann strauss wollte die musikalischen taetigkeit seines sohnes hoechstens als hobby tolerieren und so besuchte johann strausssohn nach der absolvierung der unterstufe des schottengymnasiums die technik. seine vorliebe fuer die musik, die sich unter anderem 'in lautem singen waehrend des unterrichtes' manifestierte, fuehrte aber zu seiner entlassung und so konnte er sich schliesslich mit unterstuetzung seiner mutter doch hauptberuflich dem musikstudium widmen. er studierte zuerst beim ballettkorrepetitor des kaerntnertor-theaters, kehlmann, violine und bei josef drechsler, kapellmeister am josefstaedter-theater, theorie. bei drechsler bekam der junge strauss das praktische handwerkszeug fuer seine musikalische karriere.

die wachsende materielle not der familie veranlasste den erst neunzehnjaehrigen zur bewerbung um die lizenz fuer ein 'wirtshausorchester'. so trat der junge strauss am 15. oktober 1844, nachdem er bereits einige walzer, polkas und quadrillen 'auf vorrat' komponiert hatte, in dommayers kasino in hietzing mit seinem orchester zum ersten mal selbststaendig auf.

die popularitaet, die sein sohn schlagartig erreichte, veranlasste johann strauss-vater nun zu versuchen, den sohn fuer sein eigenes orchester zu gewinnen, doch dieser hatte im zaehen widerstand gegen den vater das stehen auf eigenen fuessen inzwischen zu gut gelernt.

in den folgenden 20 jahren schrieb strauss nicht weniger als 300 tanzwerke, davon 145 walzer, von denen einige wie 'fruehlingsstimmen', 'g'schichten aus dem wienerwald' und vor allem der

1867 fuer eine heitere liedertafel des wiener maennergesangsvereins komponierte ''donauwalzer'' weltberuehmt wurden.

als die grosse wolle der offenbachschen operettenerfolge auch wien erreichte, schrieb der inzwischen bereits 46jaehrige seine erste operette ''indigo und die vierzig raeuber''. der grosse erfolg wurde das dritte opus dieses genres, die ''fledermaus''. erst mehr als zehn jahre spaeter, 1885, konnte er mit dem ''zigeunerbaron'' einen aehnlichen welt- und dauererfolg erringen.

johann strauss, der viele sommer in rusland gastierte und dort den grundstock fuer sein vermoegen schuf, heiratete 1862 die fruehere saengerin jetty treffz, nach ihrem tod angelika dittrich. diese zweite, eher unglueckliche ehe, wurde allerdings nach kurzer dauer wieder getrennt, und er fand in adele strauss eine treue gefaehrtin, die sich auch nach seinem tod in vorbildlicher weise seines nachlasses annahm.

aus motiven seiner nachlasswerke entstanden nach seinem tod unter anderem die operette ''wiener blut'' und das ballett ''aschenbroedel''.

die stadt wien ehrte diesen musiker, der zu ihrem ruf als musikhauptstadt wesentliches beigetragen hat, durch ein ehrenggrab auf dem zentralfriedhof der stadt wien. an diesem grab legten freitag in einer gedenkstunde anlaesslich des 75. todestages auch vertreter des kulturamtes der stadt wien und der johann strauss-gesellschaft kraenze nieder.

aus anlass seines 150. geburtstages werden wien und oesterreich das jahr 1975 als johann strauss-jahr begehen.

k u l t u r :

=====

## franz kafka: 50. todestag

23 wien, 31.5. (rk) am pfingstmontag, dem 3. juni, jaehrt sich der todestag franz k a f k a s zum 50. mal. kafka, 1883 in prag geboren, gehoerte schon in jungen jahren dem freundeskreis der prager schriftsteller franz werfel und max brod an. auf wunsch seines vaters musste er aber sein brot durch jahre als versicherungsbeamter verdienen. die jahre der inflation verlebte er in berlin, wo ihn ein engeres verhaeltnis an nora diamant band. die materielle not und seine schwaechliche konstitution fuehrten zum ausbruch einer kehlkopftuberkulose, die ihn 1923 zur rueckkehr ins elternhaus nach prag zwang. nach kurzem aufenthalt in prag begab er sich zwecks medizinischer betreuung an verschiedene wiener sanatorien und kliniken und starb. - nicht einmal 41jaehrig - 1924 im sanatorium klosterneuburg-kierling.

der duestere zeithintergrund und seine triste persoenliche situation wurden zum motiv fuer sein einzigartiges literarisches schaffen, das ausschliesslich die menschliche angst und ratlosigkeit gegenueber dem eigenen geschick und gegenueber den "obrigkeiten", die die antwort auf die frage nach der eigenen bestimmung schuldig blieben, manifestiert. groteskes mischt sich in seinen werken mit tief nachdenklichem zu einem welt- und menschenbild ganz eigener praegung. am grossartigsten wird diese auffassung vom menschlichen schicksal in seinen beiden beruehmten werken "der prozess" und "das schloss" dokumentiert. die werke kafkas wurden, in einer von seinem alten freund max brod kommentierten ausgabe, in alle welt Sprachen uebersetzt.

im rahmen der wiener festwochen wird an mehreren abenden im theater an der wien eine buehnenfassung des "prozess" zu sehen sein, die volkshochschule margareten zeigt im rahmen des "literischen filmzyklus" maximilian schells "schloss"-verfilmung.